



Nach der Europawahl gehen Allgäuer Politiker in die Analyse: Die Befragten sagen unisono, dass sich die Arbeit der Ampel-Regierung ändern müsse.



Es gibt Forderungen, dass Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive in ihre Heimatländer abgeschoben werden sollten. Fotos: Ralf Lienert/Boris Roessler, dpa

# „Wir haben Fehler gemacht“

## Allgäuer Politiker analysieren die Ergebnisse der Europawahl: Selbstkritik bei den Grünen. Was die Union jetzt vom Kanzler fordert und wie ein SPD-OB die Lage einschätzt.

Von Felix Futschik und Andreas Berger

**Allgäu** Die einen sehen sich als Gewinner, die anderen sprechen von Fehlern, die gemacht wurden. So blickten Politiker aus dem Allgäu am Tag nach der Europawahl auf die Ergebnisse. Klar sei: Die Bundesregierung könne nicht so weitermachen wie bisher. Denn das Wahlergebnis sei die Quittung für die Arbeit der Ampel-Koalition.

**Thomas Gehring – „Wir müssen selbstkritisch sein“:** Der Oberallgäuer Grünen-Politiker saß seit 2008 im Landtag, mehrere Jahre lang war er Vizepräsident des Parlaments. Bei der Landtagswahl im vergangenen Oktober dann der Schock: Den Sprung ins Maximilianeum hat er nicht mehr geschafft. Mit Blick auf die jüngsten Europawahlen und die Verluste der Öko-Partei von über acht Prozentpunkten spricht Gehring von einer großen Fallhöhe. Bei der vergangenen Wahl galten die Grünen als einer der Gewinner. Was ist passiert? „2019 war die Situation eine andere“, sagt der 65-Jährige. Die Grünen befanden sich in einer Hochphase, konnten mit Themen wie dem Klimaschutz punkten. Das habe sich geändert. Gehring nimmt dabei kein Blatt vor den Mund: „Ganz entscheidend ist die Politik der Ampel-Koalition. Fehler, die wir gemacht haben“, sagt er. Als Beispiel nennt er das Heizungsgesetz, das schlecht kom-



Thomas Gehring

muniziert worden sei: „Wir müssen selbstkritisch sein und intern deutliche Worte reden.“

An dem Misserfolg der Grünen sei aber nicht nur die Ampel schuld. Gehring spricht von einer heftigen Kampagne, die zum Beispiel CSU und Freie Wähler gegen die Grünen fahren würden. „Die machen uns als Hauptgegner aus“, sagt der Oberallgäuer. Sein Eindruck: Das sei politische Strategie von Ministerpräsident Markus Söder. Denn alles, was auf Schwarz-Grün hindeute, zahle auf das Konto der Freien Wähler ein, wenn Wähler dann der CSU den Rücken kehren.

Auch den Stempel „Verbotspartei“ habe man den Grünen angehängt. „Das ist nicht zutreffend“, sagt Gehring, der entgegnet: Söder verbiete das Gendern und Cannabis auf Volksfesten. Was sollten die Grünen besser machen? „Wir müssen die Leute für die Themen gewinnen.“ Der 65-Jährige greift noch mal das Heizungsgesetz auf: Die Absicht dahinter, also statt auf Öl und Gas auf erneuerbare Energien zu setzen, sei richtig. Und vielen Menschen sei das bewusst. Schwierig werde es aber, wenn dann Ziele vorgeschrieben, also zum Beispiel klare Verbote ab einem bestimmten Jahr ausgesprochen werden: „Das stößt auf Widerstände“, konstatiert Gehring.

**Stephan Stracke – „Wir brauchen einen klaren Politik-Wechsel“:** Als Gewinner der Wahl und damit im Aufwind sieht sich die Union. CSU-Politiker Stracke ist Bundestagsabgeordneter. Der 50-Jährige vertritt das Ost- und Unterallgäu sowie die Städte Memmingen und Kaufbeuren. „Diese Wahl ist ein

Misstrauensvotum gegen die Ampel“, sagt Stracke. Er fordert, wie andere Unions-Politiker auch: „Wir brauchen einen klaren Politik-Wechsel.“ Es gehe um die großen Fragen, auf die die Bundesregierung keine Antworten liefere. Kanzler Olaf Scholz müsse sichtbarer werden.

Die aktuelle Migrations- und die Wirtschaftspolitik seien für Deutschland nicht gut. Auf Ansagen wie „Abschieben im großen Stil“ folgten keine Taten. Was würde die Union anders machen? Echte Veränderung gibt es laut Stracke nur, wenn das Zusammenspiel aus EU- und nationalen Maßnahmen stimme – „und die nationalen fehlen derzeit“. Stracke nennt ein Beispiel: Bei der Migrationspolitik könnte man sich Dänemark als Vorbild nehmen. Dort setze man bei Geflüchteten ohne Bleibeperspektive auf eine freiwillige Ausreise – Sozialleistungen würden gekürzt und der Start zurück im Herkunftsland unterstützt.

16 Prozent der 16- bis 24-Jährigen haben bundesweit ihr Kreuz bei der AfD gemacht, die generell bei dieser Europawahl stark zulegen konnte. Stracke verwundert das nicht: „Die gesellschaftlichen Debatten, die bei Erwachsenen stattfinden, gibt es auch bei Jüngeren“, sagt der 50-Jährige. Europas christlich-konservative Parteienfamilie, die EVP-Fraktion, sieht Stracke mit Blick auf die AfD als Bollwerk gegen Rechtsextremismus. Er warnt aber davor zu fordern, dass die Union jetzt das AfD-



Stephan Stracke

Problem lösen solle: „Das ist Aufgabe der Regierung.“

**Jan Rothenbacher – „Besser kommunizieren“:** Was ist bei der SPD falsch gelaufen, dass sie erneut bei einer Wahl so schlecht abgeschnitten hat? Das wollen wir von Jan Rothenbacher wissen, SPD-Oberbürgermeister in Memmingen. Ein Problem sei, dass nicht gut kommuniziert wurde, antwortet er. Politische Arbeit sei wichtig, genauso wichtig sei es aber, die Menschen mitzunehmen. Ihnen zu erklären, wie Entscheidungen zustande gekommen sind. Da habe die SPD noch Luft nach oben.

Manchmal sehe die Politik Themen anders als die Öffentlichkeit, sagt Rothenbacher. Oder sie setze Schwerpunkte anders als die Menschen im Land. Deshalb sei es wichtig, im Austausch zu bleiben. Er nennt ein Beispiel: Wenn er als Oberbürgermeister zu einer Bürgerversammlung einlade, habe er schon Punkte, die er ansprechen wolle. Wenn allerdings die Besucher noch andere Themen interessierten, müsse er darauf reagieren. Dann gehe es eben nicht um das eigene Programm: „Da ist man Dienstleister.“

Er wolle die Wahl nicht kleinreden, die SPD habe die Quittung für die aktuelle Stimmung im Land bekommen, sagt Rothenbacher. Ein Aspekt müsse aber doch berücksichtigt werden: Schon seit Jahrzehnten sei es so, dass die Parteien der Bundesregierung bei einer EU-Wahl abgewatscht werden



J. Rothenbacher